Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 84 (2006)
Heft: 2

Artikel: Atomausstieg : Politik für Innovation und Fortschritt
Autor: Glatzel, Wolf-Dieter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341975

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Atomausstieg – Politik für Innovation und Fortschritt

Den Atomausstieg muss man wirklich wollen. Man muss überzeugt sein, dass es der bessere Weg in die Zukunft ist. Dass es die Mühe lohnt, den mit vielgepriesenen, aber falschen Visionen eingeschlagenen Atomweg zu verlassen, auszusteigen und

Wolf-Dieter Glatzel

rückzubauen. Man muss die guten Argumente auf seiner Seite haben. Nur dann kann man die Menschen mitnehmen, Mehrheiten finden und politischen Erfolg haben.

Die Industrieländer laufen Gefahr, abhängig von Energie zu werden wie Junkies von ihrer Spritze. Energiesucht droht, eine eigenständige Weltmacht zu werden, von der wir unser politisches und faktisches Handeln bestimmen lassen – gegen Vernunft und selbst gegen Angst. Eine Weltmacht, die rücksichtslos die Befriedigung der nationalen Sucht nach mehr Energie auf der politischen Agenda ganz nach oben schiebt. Dies würde uns alle betreffen, in Deutschland, in der Schweiz und überall. Insofern geht eine Politik des Atomausstiegs über das Verhindern des Restrisikos eines GAUs in einem Atomkraftwerk hinaus.

Argumente gegen die Atomenergie

Die Katastrophe von Tschernobyl ist 20 Jahre her und in der Bevölkerung unvergessen. Die Risiken der Atomenergie sind nicht mehr abstrakt, sondern seitdem auf furchtbare Weise anfassbar konkret. Man kann darüber streiten, ob ein Tschernobyl-Unfall auch in einem westlichen Kernkraftwerk auftreten kann. Festzuhalten ist jedoch, dass bei jedem Reaktor, gleich welcher Bauart, Unfallverläufe möglich sind, die zu Kernschmelzen mit nachfolgendem katastrophalem Freisetzen von Radioaktivität führen. Trotzdem halten viele die Atomenergie für verantwortbar und sogar einen Verzicht darauf für unverantwortbar. Dem muss von allen politischen Kräften, die überzeugt sind, dass ein Weiterbetrieb oder sogar ein Ausbau der Atomkraft der falsche Weg ist, mit weiteren Argumenten entschlossen begegnet werden. Trotzdem, das unverantwortliche Restrisiko von Kernkraftwerken ist und bleibt das Grundargument gegen die Atomenergie und für einen Atomausstieg.

Radioaktive Abfälle stellen eine grosse Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Sie müssen auf Dauer sicher von der Umwelt und vor unbefugtem Zugriff abgeschirmt werden. Bis heute gibt es weltweit kein einziges betriebsbereites Endlager für atomaren Müll. Die Auseinandersetzungen um Endlagerstandorte werden überall auf der Welt lähmend und gerichtlich geführt, sogar in der Wüste von Nevada. Sie beeinträchtigen die nachbarschaftliche und zukunftsgewandte Entwicklung von grenzübergreifenden Regionen. Die Atomkraft hinterlässt ungeheure Altlasten praktisch auf Dauer künftigen Generati-

onen. Die Perspektive Sibirien ist weder ethisch vertretbar, noch sicherheitstechnisch akzeptabel.

Denn wir stehen heute vor dem zweiten atomaren Zeitalter. Ersten Erfolgen bei der Delaborierung atomarer Massenvernichtungswaffen nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs folgt die Entwicklung neuer, noch schrecklicherer Atomwaffen – von mini-nukes bis zu bunker-bustern. Trotz aller Proliferationsbemühungen und -regime nimmt die Zahl der Staaten, die Atomwaffen besitzen oder besitzen wollen, zu. In Zeiten des «Gleichgewichts des Schreckens» war der militärische Einsatz von Atombomben praktisch ausgeschlossen, denn er hätte das Ende der Menschheit bedeutet. Diese Hemmschwelle gibt es heute für den taktischen Einsatz von Atomwaffen nicht mehr. Die Gefahr, dass nach Hiroshima und Nagasaki zum zweiten Mal diese schrecklichste aller Waffen eingesetzt wird, ist heute grösser als je zuvor. Schmutzige Atomwaffen verwenden beliebige radioaktive Spaltmaterialien, beispielweise Atommüll, und können weite Regionen kontaminieren. Bisher ist das Containment von AKWs gegen den zufälligen Absturz einer Militärmaschine ausgelegt. Seit dem 11. September muss der gezielte Angriff mit einem gekaperten Grossflugzeug ebenso ins Kalkül gezogen werden, wie sonstige Selbstmordattentate von Terroristen.

Vor diesem Hintergrund muss die Diskussion um die energetische Nutzung der Atomenergie zwangsläufig um sicherheits- und friedenspolitische Dimensionen erweitert werden. National können wir weitgehend sicherstellen, dass kerntechnisches Wissen nicht missbraucht wird. Im weltweiten Zusammenhang können wir das nicht. In der Globalisierung sind die energetische Nutzung der Atomkraft und ihre ubiquitären militärischen und terroristischen Risiken nicht zu trennen. «Freiheitliche Demokratie und das enorme Risiko, das mit der Nutzung atomarer Spaltprozesse in jeder Form unweigerlich verbunden ist, können nicht nebeneinander existieren», warnte Robert Jungk 1977. Der engagierte Einsatz der Zivilgesellschaft, die Stärkung von Wettbewerb auf den Energiemärkten, die Entstehung der Grünen und die Umorientierung von grossen Volksparteien wie SPD und SPS auf einen Atomausstieg haben scheinbar den Atomstaat verhindert. Doch die Verflechtungen zwischen Staat/Politik sowie Atomlobby/Atomwirtschaft sind überall auf der Welt demokratiefeindlich eng. Nur ein Beispiel: Der Entwurf für die EU-Verfassung schliesst einen Einfluss des EU-Parlaments auf EURATOM aus. Nach dieser Verfassung würde das institutionelle Europa zweigeteilt: in das demokratische Europa mit Parlament, Parteien usw. und in die Europäische Atomgemeinschaft mit ihrem Eigenleben. Die Verflechtung von militärischer Atomwirtschaft und Staat dürfte in den relevanten Ländern kaum weniger eng sein.

Heute, nach 40 Jahren Atomboom, werden weltweit weniger als 500 Atomkraftwerke betrieben.

Argumente für die Atomenergie – und was davon zu halten ist

AKWs produzieren kein CO_2. Deshalb sei die Atomenergie für den Klimaschutz unverzichtbar. So lautet ein Kernargument der Apologeten der Kernenergie. Es ist falsch, zumindest irreführend und für die Klimapolitik kontraproduktiv. Ein mehr als marginaler Beitrag der Atomenergie zum Klimaschutz ist illusorisch. So würde ein Ausbau der Atomenergie auf einen Anteil von 50% der weltweiten Stromerzeugungskapazitäten bis 2030 einen Zubau von 2100 AKWs erfordern, also grob von 100 neuen AKWs pro Jahr. Dafür müssten 5 Billionen Euro aufgewendet werden. Heute, nach 40 Jahren Atomboom, werden weltweit weniger als 500 Atomkraftwerke betrieben. Der Anteil des Atomstroms am Primärenergieverbrauch würde sich bei

einem solchen Ausbau nur von derzeit 5,5% auf 15% in 2030 erhöhen. Es ist evident, dass ein solches Atomszenario weder finanzierbar, noch politisch realisierbar ist. Dabei wäre es für den Klimaschutz keinesfalls ausreichend.

Uran sei eine quasi-heimische Energiequelle, die unabhängig von den Turbulenzen des Weltmarktes sicher zur Verfügung stünde. So ein weiteres Argument der Atom-Apologeten. Bei unveränderter Atomstromproduktion wären die bekannten Uranvorräte in etwa 60 Jahren erschöpft. Bei dem geschilderten Atomausbau läge die Reichweite der derzeit bekannten Uranressourcen bei nur noch 18 Jahren. Mit Brutreaktoren liessen sich diese Reichweiten theoretisch um ein Vielfaches verlängern. Doch nach vier Jahrzehnten kostspieligster Entwicklung hat sich das Brüterkonzept in allen grossen Industriestaaten als unrealisierbar erwiesen. Die von der Atomgemeinde gestreute «Wiederkehr des Brüters» ist und bleibt technisch-wirtschaftlich-politische Illusion.

Bei unveränderter Atomstromproduktion wären die bekannten Uranvorräte in etwa 60 Jahren erschöpft.

Übrigens: Auch die Abhängigkeit vom Öl kann nicht durch Atomenergie vermindert werden.

Argumente für eine neue Energiepolitik

Der Atomausstieg ist ein Signal für eine neue Ära der Technologieentwicklung. Eine breite Palette von neuen Energietechniken ist einsatzreif. Noch weit mehr Techniken haben die Ingenieure in der Schublade. Eine nachhaltige Energiezukunft setzt auf erneuerbare Energie und vor allem auf mehr Effizienz, auf die Vernetzung vielfältigster Techniken bei Angebot, Rückgewinnung, Aufwertung und Anwendung, auf intelligente Energiesysteme anstatt auf Ex-und-hopp-Energieverschwendung. Dezentrale, erneuerbare und effiziente Energiesysteme sind weniger anfällig gegenüber Störungen gleich welcher Art. Sie sind konfliktpräventiv und geeignet für alle Länder der Welt. Und vor allem: Sie werden ein gutes Geschäft auf dem globalisierten Energiemarkt sein. Energieintelligenz wird eine wesentliche Ressource von wirtschaftlich starken Ländern im 21. Jahrhundert sein.

Der Fall Iran macht den unauflösbaren, intrinsischen Widerspruch der Atomenergie deutlich. Es passt nicht zueinander, die Atomkraft als Energiequelle anzupreisen und sie auf der anderen Seite bestimmten Ländern vorzuenthalten. Es passt natürlich auch nicht zueinander, eine allein friedliche Nutzung der Atomenergie zu beschwören und auf der anderen Seite das Existenzrecht Israels zu negieren und Raketenträgersysteme beachtlicher Reichweite zu entwickeln.

Atomenergie ist für die meisten Entwicklungsländer und für viele Schwellenländer nicht geeignet. Dort findet jedoch das Energiewachstum in diesem Jahrhundert statt. Der Nord-Süd-Ausgleich ist seit Gro Harlem Brundtland und Willy Brandt fester Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Atomkraft und Energieverschwendung sind mit einer solchen Politik nicht in Einklang zu bringen. Eine dauerhafte Teilung der Welt in Atomenergiestaaten und in energetische Habenichtse würde das Nord-Süd-Ungleichgewicht vertiefen und zementieren, mit allen negativen Folgen für Stabilität, Sicherheit und Gerechtigkeit. Damit stehen nationale Energiepolitiken vor einer erweiterten Verantwortung. Der Leitsatz «Global denken und lokal Handeln» erhält eine neue, gewichtigere Bedeutung.

Der Atomausstieg in Deutschland

Nach Übernahme der Regierungsmacht strebte die rot-grüne Koalition 1998 einen

unumkehrbaren und entschädigungsfreien Atomausstieg im Konsens mit der Stromwirtschaft an. Nach Jahrzehnten tiefer gesellschaftlicher Spaltung in Atomfragen waren die Konsensgespräche schwierig. Aber der politische Wille siegte, auch wenn die Anti-Atom-Gemeinde den Konsens nicht mittrug und auf ihrer Forderung nach einem Sofortausstieg beharrte. Zuerst per vertraglicher Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Verbundwirtschaft, danach per Gesetz durch den Bundestag wurde ein langfristig verlässlicher Ausstieg im Detail festgezurrt. Neue Atomkraftwerke dürfen nicht errichtet werden, die alten müssen nach einer Laufzeit von 32 Jahren seit Inbetriebnahme vom Netz gehen. Dabei können Restlaufzeiten von einem auf ein anderes AKW flexibel übertragen werden. Das letzte AKW in Deutschland muss Anfang der zwanziger Jahre vom Netz gehen. Dieser Zeitraum erscheint angemessen, um neue Energiesysteme aufzubauen. Inzwischen sind das AKW Stade und das AKW Obrigheim abgeschaltet worden. Demgegenüber hat die Stromerzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien, vor allem aus Windkraft, erheblich zugenommen. Inzwischen sind fast 20000 MW Windkraft in Deutschland in Betrieb. Diese Pionierrolle beginnt sich international auszuzahlen. Die neuen Energiebranchen haben mehr als 100000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Seit Oktober 2005 stellt eine schwarz-rote Koalition die Bundesregierung. In den Koalitionsverhandlungen war die Fortsetzung des Atomausstiegs heiss umstritten. Die SPD hat sich durchgesetzt. Warum? Nicht, weil es sich bei dem üblichen do et des so ergeben hat. Sondern weil die SPD von der Richtigkeit ihrer Ausstiegspolitik überzeugt ist. Sie hat die Argumente für eine Fortsetzung des Ausstiegs sachlich fundiert untermauert und damit die bisherige Opposition und weite Teile der Öffentlichkeit beeindruckt. Vernetzung, Macht und Wirtschaftsinteressen der Atomlobby sind immer noch so gross, dass es einem politischen Gesichtsverlust gleich käme, wenn CDU/CSU die Forderung nach einer Renaissance der Kernenergie öffentlich aufgäben. Es wird weiter diskutiert, auch auf Energiegipfeln. Doch die SPD ist in dieser Frage so überzeugt, dass die Grosse Koalition wohl zerbrechen würde, sollte die Union den Atomausstieg ernsthaft infrage stellen. Die Weichenstellung hin zu erneuerbaren Energien wird weiter voranschreiten. Bei der Steigerung der Energieeffizienz bleibt zwar noch viel zu tun, insbesondere bei der Kraft-Wärme-Kopplung. Aber wir haben auch noch 15 Jahre vor uns, ein neues Energiesystem aufzubauen.

Die neuen Energiebranchen haben mehr als 100000 neue Arbeitslätze geschaffen.

Im strengen Sinn des Wortes ist der Atomausstieg in Deutschland nicht unumkehrbar, politisch-faktisch scheint er das schon. Die Argumente der Vernunft, die für den Atomausstieg sprechen, finden mehr und mehr Akzeptanz. Die ersten wirtschaftlichen Erfolge des Atomausstiegs, der ja vor allem eine Early-home-demand-Strategie für neue Energietechnologien ist, werden sichtbar. Die internationale Entwicklung der Energiemärkte sowie der Sicherheits- und der Energiepolitik legt nahe, dass der Weg des Umstiegs von Atom auf Erneuerbare und Effizienz der richtige ist.

Wir haben die guten, die besseren Argumente auf unserer Seite. Deshalb will die deutsche Sozialdemokratie den Atomausstieg wirklich. Deshalb wirbt sie um Partner, die den Weg des Aus- und Umstiegs mitgehen. Die Politik des Atomausstiegs ist keine Politik des Rückschritts, sondern eine Politik des Fortschritts für menschliche Hochtechnologien im Energiebereich. Und sie ist eine Politik mit einer guten Perspektive für wirtschaftlichen Erfolg, für soziale und für Nord-Süd-Verteilungsgerechtigkeit, für die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie

für Konflikt- und Terrorprävention. Die Politik des Atomausstiegs ist eine Politik, deren Erfolg durch die Vernunft vorgezeichnet ist.

Literatur

- SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): Atomausstieg – innovativ, nachhaltig, sicher, sozial, zukunftsweisend; Berlin 2005. Zu beziehen über: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit Platz der Republik 1 D 10557 Berlin. Oder: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,6060,00.pdf.
- Peter Hennicke u. Michael Müller: Weltmacht Energie – Herausforderung für Demokratie und Wohlstand; S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2005.

Dr.-Ing. Wolf-Dieter Glatzel, Jg. 1941, ist Referent der SPD-Bundestagsfraktion. Er hat lange Jahre den Bereich «Energie und Umwelt» im Umweltbundesamt in Berlin geleitet und an der Formulierung des Klimaschutzprogramms der deutschen Bundesregierung mitgearbeitet.